

Herr Bundesrat Pascal Couchepin
Eidgenössisches Departement des Innern
Inselgasse
3003 Bern

31. Oktober 2006

**Stellungnahme zur Strukturreform der beruflichen Vorsorge
Stellungnahme zu den Massnahmen für ältere Mitarbeiter**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 10. Juli 2006 haben Sie uns eingeladen, zur Strukturreform in der beruflichen Vorsorge und zu den Massnahmen für ältere Mitarbeiter Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

In der Beurteilung dieses Dossiers schliessen wir uns der Stellungnahme des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes an, möchten aber insbesondere die folgenden Punkte speziell hervorheben:

1 Strukturreform der beruflichen Vorsorge

- Im Parlament sind verschiedene Vorstösse eingereicht worden, die im Zusammenhang mit der Fusion der Banken Swissfirst und Bellevue stehen. Dabei hat der Bundesrat betont, dass dies zwar primär Sache der Börsen- und Finanzmarktaufsicht sei, sich aber auch bereit erklärt, im Rahmen dieser Vernehmlassung zur Strukturreform die Konsequenzen zu ziehen. Da nicht in erster Linie fehlende Gesetznormen, sondern vor allem ihre inkonsequente Anwendung die Ursache einzelner Fehlentwicklungen ist, sollte die Verhältnismässigkeit der Regulierung aber gewahrt bleiben. Eine präventive Überregulierung ist zu vermeiden.
- Eine professionellere Aufsicht der beruflichen Vorsorge ist zu begrüssen. Das in der Vorlage vorgesehene Konzept einer fachlich verstärkten kantonalen, aber mehrheitlich regionalisierten direkten Aufsicht und einer entflochtenen, verstärkten Oberaufsicht ist zu unterstützen und einer Zentralisierungsvariante vorzuziehen.
- Die Stärkung der Oberaufsicht durch eine eidgenössische Oberaufsichtskommission ist mit gewissen Mehrkosten für die zweite Säule verbunden. Diese Zusatzkosten werden über Gebühren finanziert und verteuern die berufliche Vorsorge. Für die Unternehmen ist es sehr wichtig, dass

diese durch die Regulierung bedingten Kostenfolgen begrenzt und auch mittel- bis langfristig unter Kontrolle gehalten werden.

2 Massnahmen für ältere Arbeitnehmende

Wir unterstützen Regelungen in der beruflichen Vorsorge, welche verhindern, dass ältere Mitarbeiter zum Abbruch der Erwerbstätigkeit gedrängt werden. Die vorgesehenen Gesetzesänderungen bringen zwar eine gewisse Verbesserung, sind aber zu wenig bedarfsgerecht und flexibel ausgestaltet.

Wir empfehlen unserer Stellungnahme Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit und versichern Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Dr. Rudolf Ramsauer
Vorsitzender der Geschäftsleitung

Dr. Pascal Gentinetta
Mitglieder der Geschäftsleitung